

Schafft sich autoritäre Technokratie selbst ab?

Autor(en): **Dörre, Klaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft 17

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652318>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schafft sich autoritäre Technokratie selbst ab?

Oder: Welche ‚Gegengifte‘ braucht die ‚Risikogesellschaft‘?*

Gesellschaftliche Umbrüche produzieren Theoriekrisen. Die lange Serie der Abschiede – von Marxismus, Proletariat, Industrialismus, Arbeitsgesellschaft, Aufklärung – zeugt davon. Wo andere sich mit der Formel von der „Neuen Unübersichtlichkeit“ zufrieden geben, beansprucht der Soziologe Ulrich Beck Deutungssicherheit. Sein Konzept der ‚Risikogesellschaft‘ (1986) reklamiert einen fundamentalen sozialwissenschaftlichen Paradigmenwechsel. Die industrielle Moderne, so Becks Basisthese, neige sich dem Ende zu. Die Kehrseite industrieller Produktivkraft sei in Gestalt zeitlich und räumlich nicht eingrenzbarer Gefahrenpotentiale zum eigentlichen Movers der Geschichte geworden. Zu globalen Bedrohungen anwachsende Modernisierungsrisiken bewirkten eine neuartige Gemeinsamkeit in der Gefahr, eine Art „negativer Vergesellschaftung“ im Weltmassstab. Ohne mit der kapitalistischen Entwicklungslogik zu brechen und noch in der Hülle der alten Industriegesellschaft sei eine neue soziale Realität entstanden, der mit den soziologischen Klassikern des Industriezeitalters nicht mehr beizukommen sei.

Folgerichtig konzipiert Beck seine ‚Risikogesellschaft‘ als Angriff auf vermeintlich ausgetretene sozialwissenschaftliche Theoriefade. „Industrieller Fatalismus“ ist der gemeinsame Nenner, auf den Beck die unterschiedlichsten Theorietraditionen zurückführt. Sein Anliegen ist es, den „Weber-Marx-Adorno-Luhmann-Konsens“ der modernen Sozialwissenschaften aufzusprengen (1). In dieser Abgrenzung wird zugleich die Zielstellung der Beckschen Argumentation deutlich. Ihr geht es nicht nur um Gefahrenanalyse, sondern auch um den Nachweis, dass unter dem Druck von Selbstvernichtungsgefahren und der dadurch bedingten Auflösung traditioneller Klassen- und Interessengegensätze neue Gestaltungschancen entstehen. In der Bewusstmachung dieses Sachverhalts sieht Beck die zentrale Aufgabe aufklärerischer Soziologie: eine wesentliche Voraussetzung für den Weg von der gefahrenpotenzierenden zur selbstreflexiv-verantworteten Risikogesellschaft (2).

Industrielle Gefahren und gesellschaftliches Regulierungsdefizit

In seinem neuen Buch ‚Gegengifte‘ (1988) sucht Beck diesen Grundgedanken weiter zu präzisieren. Um dem Vorwurf mangelhafter Trennschärfe seiner zentralen Kategorie zu begegnen (3), differenziert er nun stärker zwischen Risiken und Gefahren. Auf diese Weise gewinnt er ein hartes Kriterium für den behaupteten Epochenwechsel, den Übergang von der industriellen Moderne zur Risikogesellschaft. Es ist die Konfrontation der Ge-

sellschaft mit künstlich erzeugten Selbstvernichtungsmöglichkeiten, die diese Zäsur markiert (4). Beck grenzt die neue Gefahrenqualität gegenüber den fortbestehenden Risiken der primären Industrialisierung ab. Atomare, chemische, ökologische und gentechnische Grossgefahren seien „örtlich, zeitlich und sozial nicht eingrenzbar“, nicht „zurechenbar nach den Regeln von Kausalität, Schuld, Haftung“ und „nicht kompensierbar (Irreversibilität, Globalität) nach der gängigen Tauschregel ‚Zerstörung gegen Geld‘“ (120).

Risiken werden dann zu Gefahren, wenn das gesellschaftliche Steuerungs- und Regulierungssystem versagt (5). Die Verwandlung der „ungesehenen Nebenfolgen“ industrieller Produktion in globale ökologische Krisenherde lässt sich so als gesellschaftliches Regulationsproblem deuten. Jedes soziale Teilsystem hat daran auf spezifische Weise Anteil. Risiken werden industriell erzeugt, ökonomisch externalisiert, juristisch individualisiert, naturwissenschaftlich legitimiert und politisch verharmlost. Im Ergebnis entsteht ein System der „organisierten Unverantwortlichkeit“; Gefahren globaler Dimension drohen, die gesellschaftlichen Institutionen auszuhebeln. Die unbegriffene neue Qualität von Modernisierungsrisiken schlägt auf das soziale Gefüge zurück. Inmitten der „blühenden Demokratie“ betreibt eine ständische Gruppe von Ingenieuren und Medizinern die Zuweisung unermesslicher Bedrohungen (192). Die Formel „Stand der Technik“ kommt einem „Ermächtigungsgesetz gleich“ (192); sie legitimiert die Herrschaft einer verselbständigten Technokratie. Zwischen wahrscheinlichen Sicherheiten der Experten und wirklicher Sicherheit liegen im Nuklearzeitalter Welten (200). Atomare und chemische GAUs oder die Auswirkungen gentechnisch manipulierter Organismen auf natürliche Systeme lassen sich nicht im Labor überprüfen. Die Anwendung wird zum Testfall, die Gesellschaft zum Labor. Und die Lebewesen sind Objekte von Realexperimenten, die die Giftigkeit des Gifts im wahrsten Sinne des Wortes an den eigenen Leibern testen. Die Behebung dieses Regulierungsdefizits ist die entscheidende Aufgabe jeder „Gegenpolitik“.

Schärfer noch als in der ‚Risikogesellschaft‘ arbeitet Beck jetzt heraus, dass sich eine solche Gegenpolitik weder auf die Grösse der Gefahr noch auf die Universalität der Betroffenheit verlassen kann. Zwar hat sich die Ökologie-Problematik in den letzten Jahren weiter zugespitzt (6), aber „Zerstörung und Protest sind symbolisch“ vermittelt. Auch die Auswahl der Protestgegenstände wird durch kulturelle Zeichen geleitet (78 ff.). So hat die öffentliche Aufmerksamkeit für das Waldsterben ihren Grund nicht primär in naturwissenschaftlich fundierter Dringlichkeitsanalyse. Der Wald ist erfahrbares Symbol; er erlaubt den Rückgriff auf kulturelle Traditionen, die der Abstraktheit industrieller Gefahren, der darin angelegten Enteignung der Sinne entgegengesetzt werden. Freilich droht mit solchen Rückgriffen auf romantische Symbolik und Tradition zugleich die Konservierung eines kognitiven Dualismus von Natur und Gesellschaft. Natur wird zu einem Zeitpunkt wiederentdeckt, verzärtelt, „wo es sie nicht mehr gibt“ (64). Selbst die Ökologiebewegung ist für Beck noch in diesem „naturalistischen Missverständnis“ gefangen. In der Rede von Zerstörung und Schutz der Umwelt geht die

wechselseitige Durchdringung von Natur und Gesellschaft verloren. So kann übersehen werden, dass Natur immer schon gesellschaftlich produzierte, artifizierete Natur ist, dass ökologische Bedrohungen tendenziell in Gefährdungen des Gesellschaftssystems umschlagen. Deshalb ist, wie Beck zurecht konstatiert, der Mythos von der unberührten Natur, der Versuch, aussermenschlicher Natur die Masstäbe für soziales Handeln zu entlocken, das Einfallstor der Gegenmoderne.

Produktionsweise und Gefahr

Becks zentraler Gedanke, Gesellschaftsentwicklungen in luzider Weise von ihren Gefahren her zu durchdenken, bietet ohne Zweifel heuristische Vorteile (7). Doch trotz argumentativer Differenzierungen bleiben auch in ‚Gegengifte‘ Erklärungsschwächen bestehen. Die Gefahrenanalyse setzt auf der Verteilungsebene an. Reichtums- und Risikoverteilung werden als zwei voneinander vollständig separierte Logiken konstruiert und „industrielle Grossgefahren“ von ihren Erzeugungsbedingungen abgelöst. Was fehlt, ist eine detaillierte Produktionstheorie der Gefahr (8). Eine solche Theorie hätte mindestens dreierlei zu leisten:

Erstens müsste sie den Blick auf die stoffliche Seite der Gefahrenproduktion freilegen. Dabei würde sich zeigen, dass die von Beck für zentral erachtete Überspezialisierung der Wissenschaften allenfalls ein Teilproblem ist. Die Ursachen wissenschaftlicher Gefahrenproduktion sind breiter gefächert. Schon der naturwissenschaftliche Forschungsprozess umfasst eine Vielzahl struktureller Erkenntnisblockaden (9). Auf dem fortgeschrittenen Niveau der Naturerkenntnis und der damit gegebenen Möglichkeit zu technischen Eingriffen in globale Kreisläufe resultieren aus diesen Fehlerquellen katastrophale, nicht beherrschbare Folgewirkungen. Becks Risiko- und Gefahrenbegriff ist zu eng ausgelegt, um diese stofflich-technische Dimension und die in ihr enthaltene Erkenntnisproblematik zu durchdringen. Der – erhellende – Versuch, naturalisierende und technizistische Sichtweisen zu überwinden, läuft daher Gefahr, sich in eine soziologische Problemverkürzung zu verkehren.

Zweitens wäre so der Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise, industrieller Produktivkraftentwicklung und ökologischer Krise zu beleuchten: Die Entfaltung wissenschaftlicher und technischer Produktivkräfte erfolgt niemals gesellschaftsneutral. Industrielle Produktivkraft ist kapitalistischen Ursprungs. Technikentwicklung und produktive Anwendung der Naturwissenschaften wurden und werden massgeblich durch ökonomische Verwertungsimperative gesteuert. Das wichtigste kapitalkonforme Mittel zur Überwindung ökonomischer Krisen – Lohnkosten sparendes Hochtreiben der Arbeitsproduktivität durch Gesamtstückkosten senkende Technik – führt sukzessive zur Untergrabung der natürlichen Reichtumsquellen. Einseitige Förderung von Verarbeitungstechniken, Forcierung einliniger Stoffumwandlungen und -verformungen, Energie- und Ressourcenvergeudung, übermässiger Zeitaufwand für die Produktionsmittelerzeugung

sowie das Nebeneinander von Luxusproduktion und -konsum und gebrauchswertmässiger Verelendung sind systemisch bedingte Folgen (10). In der Konsequenz heisst dies, dass der ausbeuterische Naturbezug der Produktionsweise auch in der stofflich-technischen Gestalt industrieller Produktivkraft fixiert ist (11). Die Durchsetzung des auf einem material- und energieintensiven Produktivkrafttyp, taylorisierter Arbeit sowie Massenproduktion und -konsum basierenden fordistischen Akkumulations- und Regulierungsmodell (12) hat die Tendenz zu „destruktivem Wachstum“ (13) so beschleunigt, dass nun die Selbsterneuerungsfähigkeit natürlicher Systeme (Wasser, Boden, Luft, Wald) gefährdet ist.

Drittens könnte eine solche Theorie auch zur Erklärung des Phänomens sozialer „Apokalypsenblindheit“ beitragen. Dass sich dualistische Vorstellungen von Natur und Gesellschaft beständig reproduzieren, ist in den auf der Scheidung von Arbeits- und Verwertungsprozess beruhenden Produktionsverhältnissen förmlich eingeschrieben. Die quantitative Verwertungslogik des Kapitals abstrahiert im Zuge ihrer Entwicklung „immer mehr von der qualitativen Begrenztheit des Gebrauchswerts“. Diese Tendenz zur Lösung ökonomischer Prozesse von natürlich-qualitativen Begrenzungen findet ihren vollendeten Ausdruck an den internationalen Finanzbörsen. In den durch Kommunikationstechnologie enorm beschleunigten Geldbewegungen ist jegliche erfahrbare Verbindung zu den stofflichen Träger des selbstständigen Tauscherts ausgelöscht. Die (geldgesteuerte) Bewegung in Raum und Zeit folgt „immer weniger den subjektiven Massstäben und Horizonten konkreter Menschen an konkreten Orten und immer mehr dem dromologischen Beschleunigungstrieb des Kapitals“ (14). „Kulturelle Erblindung“, von Beck wesentlich auf die Abstraktheit der Gefahr zurückgeführt, dürfte in diesen Verhältnissen eine ihrer wesentlichen Ursachen haben.

Definitionsmacht und Definitionsverhältnisse

Beck selbst verlegt den Ort der Gefahrenzeugung schwerpunktmässig ins Wissenschaftssystem, in die Sphäre von Forschung, Entwicklung und Risikokalkulationen. Er betont die Definitionsabhängigkeit der Risiken, stellt heraus, dass Gefahren im Wissen vergrössert oder verkleinert werden können. Die politische Soziologie und Theorie der Risikogesellschaft ist für ihn daher „im Kern Wissenssoziologie“ (Risikogesellschaft, 67). Ganz so, als komme wissenschaftlichen Denkbewegungen keine gegenständliche Qualität zu, gilt dann für soziale Gefährdungslagen: „Das Bewusstsein bestimmt das Sein“ (Risikogesellschaft, 31). Oder anders: Erst aufgrund (gegen)wissenschaftlich gestützter Einsichten und argumentativer Vermittlungen werden Gefährdungspotentiale in der Alltagskultur real und damit verhaltensrelevant. „Subjektivistischer Idealismus“ und „Gefahrenrelativismus“ lauten die Vorwürfe, die Beck sich mit diesem Verfahren einhandelte. In ‚Gegengifte‘ lässt der Bamberger Soziologe keinen Zweifel an der Objektivität der Bedrohung. Die Gefahr ist für ihn „entäusserte, gebündelte, objektivierte Subjektivität und Geschichte“. Er bezeichnet sie als eine „Art ‚geronne-

ner Geist', nicht unähnlich dem einer Maschine" (162). Allerdings wird dieser „Gefahren-Materialismus“ im Laufe der Argumentation wieder zurückgenommen. Dies beginnt schon bei der Bestimmung der für die Risikogesellschaft konstitutiven Machtverhältnisse. Für Beck beruhen sie im Kern auf Definitionsmacht, auf der Möglichkeit, Grenzwerte und Restrisiken festzulegen und Gefahrenzuweisungen vorzunehmen. Es ist eine gegenüber den sozialen Folgen ihres Tuns weitgehend abgeschottete technisch-wissenschaftliche Expertenelite, die diese Definitionsmacht ausübt.

Die These von der Herrschaft einer verselbständigten Technokratie konkretisiert Beck durch eine begriffliche Unterscheidung von *Produktions- und Definitionsverhältnissen*. Letztere seien Machtverhältnisse, die nicht auf Privateigentum, sondern auf Regeln der Anerkennung und Zuordnung beruhen. Entstanden seien sie zur Kompensation industrieller Folgeprobleme und zur Absicherung industrieller Macht. Die Freisetzung eines zivilisationsgefährdenden Destruktionspotentials habe zur Verselbständigung der Definitionsverhältnisse geführt. Sie regelten nun „Wegverteilungskonflikte“, den Kampf um die „Giftigkeit des Gifts“ (213 ff.) Darin liege zugleich ein latenter Machtzuwachs der Technokratie. Je schwerwiegender die möglichen Folgen, desto bedeutsamer Risikokalküle und Sicherheitsgarantien und um so grösser die (relative) Autonomie der Experten gegenüber dem unternehmerischen Management.

Mit der begrifflichen Isolierung der Definitionsverhältnisse gewinnt Beck Erkenntnisse über die soziale Steuerung wissenschaftlich-technischer Entwicklung. Definitionsverhältnisse sind keine starren Funktionen der „Kapitallogik“. Es handele sich um labile Produkte sozialer Auseinandersetzungen, die variabler und deshalb leichter beeinflussbar seien, als die vor „sozialem Handeln (fast) verschlossene“ Logik der Kapitalverwertung (221). Folglich ist dies nach Beck die entscheidende Ebene für Gegenpolitik. Gesteigerte kulturelle Sensibilität für industrielle Gefahren und ihre Umsetzung in sozialen Protest wirken auf die Definitionsverhältnisse zurück. Die Einzelkapitale fürchten um die ökologische Entwertung ihrer Produktion und die Stabilität ihrer Märkte. Dies eröffnet Chancen zur Erhöhung von Sicherheitsstandards und zur Verringerung des Schadstoffausstosses. Denkbar wird nun auch radikaler Wandel ohne grundlegende Veränderung der marktwirtschaftlich strukturierten Produktionsverhältnisse.

Aber wie gross ist die Variabilität der Definitionsverhältnisse wirklich? Wo stösst sie an die Grenzen ökonomisch-politischer Macht? Und läuft die Beschränkung auf diese Regulierungsebene nicht doch wieder darauf hinaus, nur die schlimmsten Folgen ökologischer Zerstörung einzudämmen, die Gefahrenproduktion aber beizubehalten?

Kapital und Arbeit in der Risikogesellschaft

Wo Beck sich diese Fragen überhaupt stellt, argumentiert er mit der Eigendynamik von „Fortschrittskonflikten“. Selbige bewirkten eine „Querdifferenzierung der Sozialstruktur“, spalteten die Gesellschaft in Risikogewin-

ner und -verlierer und führten zu „Klassengegensätzen“ innerhalb der Lager von Kapital und Arbeit (236 ff.). Was etwa die chemische Industrie als Umwelt verpeste, werde von anderen Industriezweigen (Tourismus, Lebensmittelindustrie, Fischerei) auf dem Markt angeboten. Dadurch würden Gräben innerhalb der Wirtschaft aufgerissen. Umgekehrt mündeten Fortschrittskonflikte – wie etwa in der Atomindustrie – in korporative Blockbildungen bestimmter Fraktionen von Kapital und Arbeit. Auf diese Weise würden die grossen Klassenblöcke von innen her aufgelöst; es entstehe Spielraum für ökologische Reformpolitik (16).

Soweit Beck die eindimensionale Sicht einer alles a priori festlegenden Kapitallogik überwindet, kann diesem Gedanken sicher gefolgt werden. Problematisch wird es aber, wenn von der Fraktionierung auf das Verschwinden sozialer Klassen geschlossen wird (17). Spaltungslinien und Interessengegensätze innerhalb der Klassen sind durchaus nichts neues; sie sind eher der Normalzustand der Klassengesellschaft. Die Herstellung von Klasseneinheit ist in spätkapitalistischen Gesellschaften ein primär politischer, auf kulturelle Hegemonie gegründeter Prozess. Das trifft auch auf den jeweiligen „Block an der Macht“ (Poulantzas) zu. Er ist selbst nichts anderes als ein zeitweiliges, ständig im Wandel befindliches Bündnis unterschiedlicher Klassenfraktionen – Verkörperung eines sozialen Kräfteverhältnisses, auf das die Beherrschten über Kämpfe und Konflikte selbst Einfluss nehmen (18).

Auch wenn die Eigendynamik von Fortschrittskonflikten einfache Klassenschemata sprengt, ist dies nicht identisch mit der Überwindung des industriellen Klassenkonflikts. Selbst in korporativen Blockbildungen zwischen Kapital und Arbeit bleibt ja ein strukturelles Ungleichgewicht bestehen. Gefahrendefinitionen „entziehen sich dem Arbeiterzugriff“ (245). Gleiches gilt für die allein vom unternehmerischen Management getroffenen Investitionsentscheidungen, an die die Gefahrenproduktion gebunden ist.

Bei der Aufhebung des Ausschlusses (nicht nur) der Lohnabhängigen von Entscheidungsprozessen, die das kollektive Überleben betreffen, hätte eine Politik der Gegenmacht anzusetzen. Indirekt konstatiert dies auch Beck, wenn er schreibt, öffentliches Gefährdungswissen „ziehe das ökonomische System bis in die Details seiner Produktion in gesellschaftliche Auseinandersetzungen hinein“ und beschwöre das „Schreckgespenst der Wirtschaftslenkung“, die „gesellschaftlich-öffentliche Kontrolle betrieblicher Entscheidungsprozesse“ (233) herauf. Wenn auch vage formuliert, läuft dies doch auf eine Einschränkung der Profitsteuerung und eine Demokratisierung von Investitionsentscheidungen hinaus. Ein altes Anliegen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wird – mit neuem Inhalt – reaktualisiert.

Die „Revolution“ der Gefahr

Damit ist die Frage nach gesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten für die ausser Kontrolle geratene Risiko- und Gefahrenproduktion aufgeworfen. Das zentrale Problem, auf das sich die politische Entwicklung in der Ge-

fahrenzivilisation zuspitze, sei „eine Neuverteilung und demokratische Gestaltung der Definitionsmacht“, argumentiert Beck. Die vorgeschlagenen Mittel: Institutionalisierung von Kritik und Gegenwissenschaft auf allen Ebenen des Forschungs- und Wissenschaftsprozesses; „Gewaltenteilung“ zwischen Forschung und Anwendung; im Rechtssystem Umkehrung ungleicher Beweislasten, sodass fortan die Industrie die Pflicht hat, die Unschädlichkeit neuer Herstellungsverfahren und Produkte zu garantieren, dazu ein Recht auf individuellen Umweltschutz, dem Vorrang vor privaten Profitinteressen eingeräumt werden soll. Auf einen Nenner gebracht: „Andere Beweisverhältnisse, andere Bremsverhältnisse, andere Kontroll- und Steuerungsverhältnisse, andere Mitbestimmungsverhältnisse“ (290 ff.).

Nur – wie solche Regeln durchsetzen gegen die derzeitige „Legalisierung der Vernichtungsgefahren“? (214) Und wie ihnen gegenüber partikularen Verwertungsinteressen und politisch-ökonomischen Machtzentren zum Durchbruch verhelfen? Da für Beck die „Tradition des Eingriffs und der Gegenwehr“, des Klassenkampfes und der Suche nach revolutionären Subjekten einer vergangenen Epoche angehört (19), benötigt er eine andere, gleichwohl in den Strukturen der Risikogesellschaft angelegte „Gegenmacht“. Er findet sie in dem, was er „Selbstpolitisierung der Risiken“ nennt. Auf eine Formel gebracht: Der schlimmste Feind der Atomindustrie ist die Atomindustrie selbst! Industrielle Gefahren bedeuteten eine „Revolution ohne Revolution, ohne Subjekt“ die die herrschenden Verhältnisse gegen sich selbst anzettelten (153). Sie seien „der nie durchdachte Sonderfall von Objekt und Subjekt der Revolution“ (162). Die eigentliche Aufgabe von Gegenpolitik bestehe deshalb darin, die stille Dauergesellschaftsveränderung der Produktivkräfte ins Bewusstsein zu heben. Es gehe um das „Umstürzen der Denkverhältnisse“, die „Revolutionierung des Bewusstseins“. Dabei könne auf die Eigendynamik der Gefahren gesetzt werden, denn Protest könne „erlahmen, der Skandal der Gefahr bleibt“ (163). Sind Gefahren in ihrer Wirklichkeit erst einmal anerkannt, so lösen sie Abwehrhandeln aus, das – so Beck – im Grenzfall alle Betroffenen einschliesst. Selbstvernichtungsgefahren entspreche „die (potentielle) Allmobilisierung“ (164). Es ist diese „Gegenmacht der Gefahr“, von der Beck erwartet, dass sie der „Aufklärung gegen Industrialismus“ zum Durchbruch verhilft. Die herbeigezwungene soziale Anerkennung der Gefahr setze „die Mühlen staatlicher Bürokratie in Gang“ (161), hofft Beck. Doch in welche Richtung? Und mit welchen politischen Optionen?

Becks These, Gefahren seien „nur in ihrer Wirklichkeit umstritten, niemals aber in ihren Konsequenzen“, ist schlicht irreführend. Die Radikalität der Selbstvernichtung erzeugt keinen „Konsens des Handelns“ (164). Vielmehr können aus dem Bewusstsein ökologischer Bedrohung höchst unterschiedliche Lösungsstrategien abgeleitet werden. Zwischen reaktionären Lebensschutzvorstellungen eines „Fundamentalismus von rechts“, dem Konzept einer „ökologischen Marktwirtschaft“ oder ökosozialistischen Entwürfen existieren tiefe Unterschiede, ja unvereinbare Gegensätze. Die gesellschaftlichen Kämpfe beziehen sich auf diese Gegensätze und nicht allein

auf die soziale Anerkennung der Gefahr. Schon deshalb verbietet sich jede Vorstellung, mit der Grösse der Bedrohung und einer entsprechenden Bewusstseinsveränderung stellten sich soziale Lösungen quasi im Selbstlauf ein, wenn soziale Bewegungen und kritische Öffentlichkeit ein bisschen nachhelfen. Hier schliesst sich der Zirkel (19). Die Fiktion einer „Revolution ohne Subjekt“ führt nicht weiter. Und wir landen doch schon wieder bei der Frage nach dem Subjekt gesellschaftlicher Veränderung.

Im Grunde weiss dies auch Beck. Das deutet sich an, wenn er z. B. einer „ergrünten Gewerkschaftsbewegung“ mit eigenständiger Produktpolitik einen neuen Frühling prophezeit. Um Einflussnahme auf Investitionen, Herstellungsverfahren und Produktlinien kämpfende soziale Bewegungen lassen freilich wenig Raum für die Vision eines Täter und Opfer einenden, klassenübergreifenden Ökologisierungspaktes. Und zu „ökologischen Massenaufständen“ (239), wie Beck schreibt, könnte es auch ohne einen neuen „Grossunfall“ kommen. Becks „Gesellschaftstheorie der Gefahr“ (363), die verkürzt die „Arbeitsgesellschaft als Risikogesellschaft“ begreift, rechnet vorschnell mit Fragen des „Arbeiterschicksals“ ab.

Die Gesellschaft neben der Gesellschaft

Blicken wir auf den Gang der bisherigen Argumentation zurück, so wird das Becksche Konstruktionsprinzip deutlich. Die ‚Risikogesellschaft‘ entsteht nicht aus, sondern neben der industriellen Klassengesellschaft. Beck entwirft gewissermassen eine soziale Doppelstruktur. Die Logiken von Reichtums- und Risikoverteilung, Produktions- und Definitionsverhältnissen, Fortschritts- und Klassenkonflikten existieren weitgehend unverbunden nebeneinander; die Vermittlungen gelingen nur punktuell(20). Indem Kontinuitäten der kapitalistischen Industriegesellschaft einfach vorausgesetzt werden, ist der eigentliche Analysegegenstand auf die neuartige Gefahrenzivilisation zu beschränken. Zwar wird explizit oder implizit immer wieder auf Basiskategorien „klassischer“ Kapitalismustheorien zurückgegriffen (Markt, Kapital, Klassen); dies aber unter Ausblendung der in ihnen ursprünglich enthaltenen Aussagen über Gesetzmässigkeiten und Funktionsweise bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften (21). So erscheint dann die „autoritäre Technokratie“ als autonome Macht, die durch den blossen Umsturz der „Denkverhältnisse“ veränderbar sei. Zwar kritisiert Beck Konzeptionen einer ökologischen Demokratie (290 ff.), weil deren Vorschläge im politischen System verbleiben und der Zusammenhang zwischen der Ökonomie und den gesellschaftlichen Teilsystemen nicht hergestellt wird. Aber Becks eigene Vorstellungen einer Transformation der ökonomisch-politischen Machtzentren bleiben verschwommen. Dem schon gegenüber der ‚Risikogesellschaft‘ erhobenen Einwand, Beck begründe zwar die Gesellschaftlichkeit des menschlichen Naturbezugs, reproduziere aber die alltagskulturelle Versachlichung sozialer Verhältnisse, kann auch ‚Gegengifte‘ nur z.T. begegnen (23). In diesem Punkt steht Beck dem akademischen Konsens der etablierten Sozialwissenschaften näher, als er selber wahr haben möchte.

Am Ende also doch nur ‚Entsorgung der Soziologie‘ statt eines Plädoyers für radikale Veränderung?

Mit Beck über Beck hinaus

Materialistische Gesellschafts- und Kapitalismustheorien sind gut beraten, Becks aufklärerische Soziologie als wissenschaftliche Herausforderung ernst zu nehmen. Becks Arbeiten produktiv zu wenden heisst allerdings, sich nicht auf die Doppelstruktur in dessen Argumentation einzulassen. Die industriellen Grossgefahren schaffen keine neue soziale Realität neben der alten. Die Risikogesellschaft bleibt ein Risikokapitalismus. Fortschritts- und Klassenkonflikte existieren nicht zusammenhangslos nebeneinander. Ökonomisch-soziale und ökologische Krise durchdringen sich wechselseitig; entsprechend wird die gesellschaftliche Konfliktstruktur umgewälzt; alle politischen und sozialen Akteure sind zu weitreichenden Neueinstellungsprozessen gezwungen. Das betrifft auch die „alte“ Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die ihre Ziele, sowie Politik- und Organisationsformen überprüfen muss. Mit Selbstbeschränkung auf die klassische soziale Frage ist eine Politik radikaler Veränderungen nicht mehr zu machen. Selbst traditionelle Beschäftigungskonflikte wie etwa in der Stahl- oder der Autoindustrie können in der Epoche globaler Zivilisationsgefahren nur noch dann gesellschaftliche Ausstrahlung entfalten, wenn die Verbindung zu grundlegenden Produktionsproblemen (Sinn und Zweck der Produktion, ökologische Belastungen etc.) und -interessen hergestellt wird.

Eine zeitgemässe marxistische Kapitalismuskritik hat mit alten Vorstellungen einer gesellschaftlichen „Neutralität“ wissenschaftlich-technischer Produktivkraft und den daran gekoppelten Fortschrittsfetischen zu brechen. Als praktische Kritik an den bestehenden Verhältnissen muss sie die Krise der Naturbeherrschung und den notwendigen stofflichen Umbau der Produktionsapparate thematisieren. Für Transformationskonzeptionen, die in der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ bereits die materielle Vorbereitung des Sozialismus sehen, und die angestrebte Veränderung auf die Macht- und Eigentumsverhältnisse reduzieren, gibt es – besonders in den kapitalistischen Metropolen – keinen Raum mehr. Umgekehrt verlangt die „Stabilisierung der Biosphäre“, die Erhaltung von Artenvielfalt und natürlichen Lebensgrundlagen (24) radikale gesellschaftliche Veränderungen. Menschliche Produktionsaktivitäten müssen an nahezu geschlossene natürliche Kreisläufe angepasst werden. Das erfordert eine entsprechende Um- und Neuverteilung gesellschaftlicher Arbeit, die Rückbindung von Produktionszielen an gesellschaftliche Nützlichkeitskriterien, den Wandel von Lebensformen und Konsummustern sowie eine Verknüpfung regionaler Planung und Selbstverwaltung mit gesamtgesellschaftlicher Koordinierung der Wirtschaft. Ein Vorhaben, das auf Einschränkung und schliessliche Überwindung des Prinzips der Profitsteuerung hinausläuft. Bei Beck klingen solche Konsequenzen allenfalls in Nebensätzen an. Sie zu begründen, wäre ei-

genständige Aufgabe einer materialistischen Theorie und Analyse globaler Gefahren – ein Unterfangen, das in der Hauptsache erst noch zu leisten ist.

- * Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt 1986, und Ulrich Beck: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit. Frankfurt 1988. Sofern nicht anders vermerkt, stammen die folgenden Beck-Zitate aus seinem zweiten Buch; sie sind mit einfachen Seitenzahlen in Klammern nachgewiesen.

Anmerkungen

- 1) Beck, U.: Blinder Realismus. Die Soziologie und die Krisen der industriellen Moderne. In: FAZ vom 19. 10. 1988. Beck sieht hier selbst Adorno und Horkheimer noch in der Tradition der „Wahlfeindschaft“ mit dem „industriellen Fatalismus“, weil beide sich keine Alternative zur Industriegesellschaft vorstellen können.
- 2) In 'Gegengifte' unterscheidet Beck zwei Phasen der Risikogesellschaft: In der ersten Phase werde trotz Bedrohung durch Selbstvernichtungsgefahren noch in den Kategorien des Industriezeitalters gedacht und gehandelt. In der zweiten Phase erfolge die Herstellung von Zurechenbarkeit und Verantwortung im System der Niemandsteuerung, der Schritt zur „verantworteten Moderne“ (109).
- 3) Auf den Risikobegriff Becks hatten sich zahlreiche Kritiken konzentriert. Moniert wurden u. a.: – die mangelnde Trennschärfe des Risikobegriffs gegenüber Risiken der primären Industrialisierung; – die fehlende Differenzierung zwischen Risiken, Gefahren und realen Zerstörungen; – die der Spannbreite globaler Gefahren nicht entsprechende Beschränkung auf ökologisch-technische Risiken; – die Zwieschlächtigkeit des Risikobegriffs, der die Illusion schüre, dass man auch 'davon kommen könne'.
Vgl. dazu u.a.: Evers, A./H. Novotny: Über den Umgang mit der Unsicherheit. Die Entdeckung der Gestaltbarkeit von Gesellschaft, Frankfurt 1987. S. 32 ff., S. 41 ff.; Wolf, F. O.: Besprechung der 'Risikogesellschaft' in: Das Argument 172/88, . 911 ff., hier S. 913; Dörre, K.: Risikokapitalismus. Zur Kritik von Ulrich Becks „Weg in eine andere Moderne“, 2. erw. Aufl. Marburg 1988, S. 44 ff.
- 4) Dieser Gedanke ist allerdings nicht neu. Günther Anders hat ihn mit seiner auf die Atombombe bezogenen Endzeit-These schon in den 50er Jahren formuliert. Vgl. dazu: Anders, G.: Die Antiquiertheit des Menschen, 2 Bde., Nachdruck der 7. unveränderten Aufl., Frankfurt 1988
- 5) Ähnlich argumentieren Evers/Novotny, a.a.O. Problematisch ist in beiden Fällen der auf den gesellschaftlichen „Überbau“ begrenzte Regulationsbegriff.
- 6) Beck verweist hier auf Untersuchungen des Freiburger Öko-Instituts. Keines der Umweltprogramme der Bundesregierung ist bislang erfüllt worden. Die eingesetzten Finanzmittel haben primär kompensatorische Wirkung. Vgl. Beck (1988), S. 72 ff.
- 7) Beck selbst betont, dass es ihm vor allem darum geht, die Eigenlogik der Selbstvernichtungsgefahren „freizuargumentieren“ – unter Hintanstellung aller Zweifel und Gegenargumente. Dadurch gelingt es ihm, die eigentümliche Qualität ökologischer Bedrohungen facettenreich zu beschreiben. Auf die Nachteile dieses Verfahrens wird noch einzugehen sein.
- 8) Beck ist sich dieser Problematik durchaus bewusst und bietet dafür eine lustige Erklärung: Jede Epoche, jede Gesellschaftsform könne sich nur selbst als die eigene Zukunft denken. Die Zukunft des Industrialismus sei dann eben der Industrialismus, der Industrialismus, der Industrialismus... Eine Argumentation, die sich gegen die vorherrschende Denkweise der Epoche wende, könne die auferlegte Beweislast eben nicht einlösen. Folgen auf eigene Gefahr!
Was hier wie ein Plädoyer für radikales Denken klingt, entpuppt sich freilich bei näherem Hinsehen als Immunisierungsstrategie. Jeder, der sich auf die Becksche Realanalyse einlässt, ist genötigt, die theoretischen Konsequenzen zu teilen, die Botschaft vom „Weber-

- Marx-Adorno-Luhmann-Konsens“ zu schlucken – oder er entpuppt sich als Verfechter alten Denkens. Auch eine marxistische Kritik, an der Aufhebung der herrschenden Verhältnisse und Denkformen ja durchaus interessiert, wird so mit dem Signum eines Konservatismus versehen. Dies ist, wie F. O. Wolf kritisiert, nicht zuletzt ein Resultat der „suggestiven Problemformulierung“ Becks (a.a.O., S. 912).
- 9) So wird z. B. in Grenzbereichen wissenschaftlicher Erkenntnis häufig mit ungesichertem Ad-hoc-Einzelwissen hantiert. Hinzu kommen die unkontrollierte Vernetzung von Einzelprozessen; die Wirkungsweise gepufferter Systeme, Schäden zu neutralisieren, bis sie irreversibel werden; subjektive Wahrnehmungsfehler; die Neigung der Individuen zu bekannten Lösungen und eingeübten Antworten sowie eine Fülle sozialer Blockierungen (Aussensteuerung der Forschung, Delegation von Entscheidungen an Experten und Mediatoren mit begrenztem Fachwissen, private Verwertungsinteressen). All diese mit der Erhöhung gesellschaftlicher Produktivkraft an Brisanz gewinnenden Erkenntnisschranken erzeugen systematisch eine Kluft zwischen wissenschaftlich-technisch Machbarem und dahinter zurückbleibenden gesellschaftlichen Regelungs- und Steuerungsmöglichkeiten des komplexer gewordenen Naturbezugs. Hochrisikotechnologien sind gewissermassen eine Materialisierung dieses Problems. Insofern sind industrielle Grossgefahren eben auch ein stoffliches, wissenschaftlich-technisches Problem. Diese Problemebene muss zumindest präzise benannt werden, soll gesellschaftlich effektiv gegengesteuert werden.
S. auch: Booss-Bavnbek, B. u. M. Bohle- Carbonell: Machbarkeit nichtbeherrschbarer Technik durch Fortschritte in der Erkennbarkeit der Natur, in: Marxistische Studien 13, Frankfurt 1987, S. 81 ff.; vgl. auch Dörre (1988), a.a.O., S. 45; zur Beschaffenheit technischer Hochrisikosysteme, Perrow, H.: Normale Katastrophen, Frankfurt 1987
 - 10) Czeskleba-Dupont /K. H. Tjaden: Probleme des Übergangs von der kapitalistischen Naturzerstörung zu vernünftiger gesellschaftlicher Naturaneignung, in: Argument-Sonderband 56/81, S. 85 ff.
 - 11) Eine andere als die ihrem Ursprung nach kapitalistische Technologie gibt es bislang nicht. Sozialisierung der Produktionsmittel und Übergang zu gesamtgesellschaftlicher Koordination und Planung der Wirtschaft sind aber noch keine hinreichenden Voraussetzungen für eine grundlegende Neugestaltung der Mensch-Natur-Beziehung. Solange das Muster einliniger Produktionsaktivitäten dominiert, also Maximierung der Arbeitsproduktivität mittels möglichst effektiver Verarbeitungstechniken wichtigstes Kriterium der Produktivkraftentwicklung ist, liegt hier auch in sich als sozialistisch definierenden Gesellschaften eine Ursache für die Potenzierung von industriellen Gefahren.
 - 12) Zur Fordismus-Diskussion siehe u. a.: Hirsch, J. /R. Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg 1986; Mahnkopf, B. (Hsg.): Der gewendete Kapitalismus, Münster 1988; Dörre, K.: Gewerkschaften im Risikokapitalismus, in: Deppe, F./ K. Dörre/ W. Rossmann: Gewerkschaftspolitik in den 90er Jahren (Arbeitstitel), Köln 1989, im Erscheinen, sowie die Beiträge von R. Roth und W. Schöni, in Widerspruch 16, Zürich 1988.
 - 13) Der Begriff stammt ursprünglich von A. Gorz. Er besagt, dass ein immer grösserer Anteil des erzeugten Nationaleinkommens zur Kompensation externalisierter Nebenfolgen aufgewandt werden muss. S. auch Hirsch/Roth (1986), a.a.O., S. 83 f.
 - 14) Altvater, A.: Sachzwang Weltmarkt, Hamburg 1987, S. 102, 131
 - 15) F. O. Wolf weist z. B. auf die „durchgängige Gleichsetzung von realen Strukturen und Prozessen mit den sozial etablierten Deutungen“ hin und attestiert Beck einen kollektiven subjektiven Idealismus, der ihm als zentraler Hebel bei der Produktion seiner Thesen diene. (a.a.O, S. 913)
 - 16) Beck selbst schränkt seine Argumentation allerdings ein. Ob der industrielle Klassengegensatz verschwinde, ob er überlagert, abgeschwächt oder verschärft werde, bleibe ungeklärt. Wichtig sei, dass zuerst die Eigendynamik der Gefahr analysiert werde.
 - 17) Beck behält seinen kulturalistisch verengten Klassenbegriff bei. „Klasse“ wird an ein lockeres Evidenzkriterium gebunden und kann so in der Vielfalt der Spaltungs- und Segmentierungslinien aufgelöst werden. Umgekehrt ist es dann möglich, die „Klasse“ von Arbeitsplatzbesitzern in den Risikoindustrien von der „Klasse“ der Lohnabhängigen in anderen Industriezweigen abzugrenzen. Die Klassenkategorie wird auf diese Weise bis zur Beliebig-

- keit ausgedünnt. Vgl. dazu auch: Dörre, K., (1988), S. 55 ff.; Karrer, D., Risikogesellschaft: Einheit von Täter und Opfer? In: Bresche Nr. 5/88, S. XVff. Zürich.
- 18) Vgl. Poulantzas, N.: Staatstheorie, Hamburg 1978; s. auch die kritische Einführung von A. Demirovic: Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung, Hamburg 1987.
 - 19) Von Beck selbst wissen wir ja, dass die subjektive Verarbeitung von Gefahren symbolisch-kulturell vermittelt ist; dass gerade die am stärksten Betroffenen 'Meister' im Verdrängen sein können. Weshalb dann diese argumentative Wende? Im Grunde landet Beck genau da, wo er seinen Gedankengang begonnen hat: Bei dem Befund, dass Modernisierung Modernisierung untergrabe, dies zu Umschichtungen in der Sozialstruktur, neuen Konfliktlinien und Bündnismöglichkeiten führe, wodurch „Ethik, Öffentlichkeit, Massenmedien, neues Denken, das Handeln einzelner sozialer Bewegungen ihre historische Chance“ erhalten (110).
 - 20) Dies war auch bereits bei der 'Risikogesellschaft' moniert worden. Risiko- und Individualisierungsteil standen weitgehend unverbunden nebeneinander.
 - 21) Darauf weist Ritsert hin. Ritsert, J.: Der Kampf um das Surplus-Produkt, Frankfurt 1988.
 - 22) Beck bezieht sich hier auf C. Offe und U. K. Preuss.
 - 23) Zu dieser Kritik siehe: Risikogesellschaft ohne Risiko. Thesen zu Ulrich Beck. In: Sozialismus 7/8-87, S. 39, Hamburg.
 - 24) Ein solches Konzept ist in Ansätzen von E. Gärtner entwickelt worden. Gärtner verknüpft die Zielsetzung „Stabilisierung der Biosphäre“ mit einer antikapitalistisch-sozialistischen Orientierung. Eine ähnliche Argumentation entwickelt K. H. Tjaden. Vgl. dazu z. B. die fortlaufende Diskussion zur „Krise der Naturbeherrschung“ in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“, Köln.

BRESCHÉ

DAS SOZIALISTISCHE MAGAZIN

Unser Beitrag zur Armeeabschaffung

Das **BRESCHÉ**-Magazin verfolgt die Initiative für eine Schweiz ohne Armee seit ihrer Lancierung, nimmt aktiv an der Kampagne teil und bringt Inhalte ein.

Das **BRESCHÉ**-Magazin publiziert monatlich Hintergründe und Meinungen für eine offene Diskussion um gemeinsame Inhalte alternativer Politik. Mit einem Abonnement (Fr. 55.–/Jahr) kannst auch Du daran teilnehmen.

Die Artikel aus dem **BRESCHÉ**-Magazin, die sich mit der Schweiz, ihrer Armee und deren Abschaffung befassen, sind jetzt auch separat als Artikelsammlung zum Preis von Fr. 5.– erhältlich. In jeder neuen Ausgabe der aktuelle Artikel, in der Artikelsammlung der Hintergrund. Beides kann bestellt werden bei: **BRESCHÉ**-Magazin, Postfach 299, 8031 Zürich.